# Krakauer Zeitung.

Nr. 284. Mittwoch, den 12. December 1860.

IV. Jahrgang.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird m 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stämpelgebühr für jede Einschaltung 3[illegible] Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung". Zusendungen werden franco erbeten.


## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Handbillet vom 9. Dezember d. J. den wirklichen geheimen Rath Freiherrn v. Kemény zum provisorischen Präsidenten der Siebenbürgischen Hofkanzlei allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 27. November d. J. dem Finanzrathe und Bau-Inspektor der Centraldirektion der Tabakfabriken und Einlösungsämter, Ignatz Latzl, in Anerkennung seines verdienstlichen Wirkens bei Ausführung des Neubaues für die technische Lehranstalt in Brünn, das Ritterkreuz Allerhöchstihres Franz Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. Dezember d. J. den Nachbenannten die Bewilligung allergnädigst zu ertheilen geruht, die denselben verliehenen fremden Orden annehmen und tragen zu dürfen, und zwar:

Allerhöchstihrem Ersten General-Adjutanten, Feldmarschall-Lieutenant Franz Grafen Folliot de Crenneville, das Großkreuz des königlich Württemberg'schen Verdienst-Ordens der Krone;

dem General-Major, Leopold Freiherrn Rzikowsky von Dobrschitz, das Großkreuz des königlich Württemberg'schen Friedrich-Ordens;

dem General-Major, Adalbert Grafen Zichy de Vásonykeö, das Großkreuz des herzoglich Nassau'schen Adolph-Ordens;

dem Obersten und Kommandanten des Infanterie-Regiments Graf Degenfeld-Schonburg Nr. 36, Joseph Tomas, das Kommandeurkreuz zweiter Klasse des großherzoglich Hessischen Ludwig-Ordens;

dem Obersten und Kommandanten des ersten Feldjäger-Bataillons, Eduard Prosche, das Kommandeurkreuz des großherzoglich Baden'schen Ordens vom Zähringer-Löwen;

dem Obersten und Kommandanten des Zeugs-Artillerie-Kommando Nr. 1, Andreas Findeis, das Komthurkreuz zweiter Klasse mit den Schwertern des großherzoglich Hessischen Philipp-Ordens;

dem Obersten und Kommandanten des Dragoner-Regiments Fürst Windischgrätz Nr. 2, August Grafen Bellegarde, den königlich Preußischen Rothen Adler-Orden zweiter Klasse, und

dem Obersten im Deutsch-Banater Grenz-Infanterie-Regimente Nr. 12, Ludwig Schrott, diesen Orden dritter Klasse;

dem Premier-Wachtmeister der Ersten Arcieren-Leibgarde, Oberstlieutenant Moriz Edlen von Andrée, den Osmanischen Medschidjé-Orden dritter Klasse;

Allerhöchstihren Flügel-Adjutanten, den Majoren Nikolaus Grafen Pejacsevich v. Veröcze und Richard Grafen Clam-Martinitz, das Kommandeurkreuz des königlich Württembergschen Friedrich-Ordens;

dem Major des Sr. k. k. Apostolischen Majestät Allerhöchsten Namen führenden Hußaren-Regiments Nr. 1, Christoph Grafen Degenfeld-Schonburg, und

dem Oberlieutenant des Seiner k. k. Apostolischen Majestät Allerhöchsten Namen führenden Uhlanen-Regiments Nr. 4, Maximilian Freiherrn von Holtz, den königlich Preußischen Johanniter-Orden;

dem Rittmeister erster Klasse des bestandenen Adjutantenkorps, Philipp Grafen von Grünne, das Ritterkreuz erster Klasse des großherzoglich Hessischen Philipp-Ordens;

dem Hauptmanne zweiter Klasse des Infanterie-Regiments Prinz Alexander von Hessen und bei Rhein Nr. 46, Friedrich Freiherrn von Rotsmann, den königlich Preußischen Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit den Schwertern, und

dem Offiziale der General-Adjutantur Sr. k. k. Apostolischen Majestät, Franz Wiedl, das Ritterkreuz des königlich Württemberg'schen Friedrich-Ordens.

## Nichtamtlicher Theil.

### Krakau, 12. December.

Persigny's Rundschreiben über das Preßgesetz und dessen künftige Handhabung ist äußerst umfangreich, unsere tel. Depesche hat den wesentlichen Inhalt desselben wiedergegeben. Der Sinn des Circulars läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen: „Die gegenwärtige Gesetzgebung gibt dem Minister des Innern eine discretionäre Gewalt über die Tagespresse, und mit dieser discretionären Gewalt wird es sein Verbleiben haben. Sie ist eine nothwendige Waffe gegen die Parteien, welche die constituirenden Gesetze des Staates nicht anerkennen. Sobald die Parteien und die Schriftsteller sich auf den Boden der Verfassung stellen und den „Willen der französischen Nation" achten, haben sie factisch und rechtlich die Preßfreiheit wie in England, und das Gesetz der Verwarnungen wird ein todter Buchstabe." Man sieht auf der Stelle, daß, in Anbetracht der französischen Zustände, die offenbar wohlwollenden Intentionen des neuen Ministers des Innern ohne glückliche und der Tagespresse günstige Resultate in der Praxis sein werden. Wenn es hoch kommt, wird unter der Verwaltung des Herrn von Persigny die Tagespresse mit einer gewissen Toleranz behandelt werden; aber auch selbst diese wird nicht lange dauern, weil es nicht möglich ist, die Nuance zwischen einer constitutionellen und inconstitutionellen Discussion in einem Lande zu erkennen, wo es anticonstitutionelle, oder richtiger gesagt, antidynastische Parteien mit Organen in der Tagespresse gibt. Dieselbe Kritik wird und muß in einem royalistischen Blatte ganz anders erscheinen, als in einem imperialistischen; in den Spalten des ersteren wird sie immer in den Augen der Regierung, den Beigeschmack eines Parteimanövers haben, und da die Royalisten und Republikaner dies wissen, so werden sie sich von jetzt an nicht „freier" fühlen, als bisher. Herr v. Persigny bezieht sich auf die englischen Gesetze, aber in England gibt es zunächst keine Parteien und Individuen, welche die regierende Dynastie stürzen möchten, oder welche im fortwährenden Verdachte stehen, jenen Sturz zu wünschen; dann aber — und das ist der Capitalpunkt — ist England das Land der Selbstregierung, und nicht wie Frankreich das Land des alles centralisirenden Bureaukratismus, für dessen Thun und Lassen das Staatsoberhaupt verantwortlich ist. Die Consequenzen dieses Unterschieds sind leicht zu ermessen. Centralisation und Preßfreiheit werden überall früher oder später zu einem Kampfe auf Leben und Tod führen, besonders aber da, wo wie im heutigen Frankreich über dem gewaltsamen Ursprung der Regierung noch nicht das Gras gewachsen ist; und deßhalb wird auch trotz des guten Willens des Herrn v. Persigny das Gesetz der Verwarnungen nach wie vor kein todter Buchstabe sein.

Der „Constitutionnel" widerlegt die von mehreren auswärtigen Blättern gemachte Angabe, daß Marquis Lavalette in Konstantinopel auf der Verlängerung der französischen Okkupation in Syrien bestehe. „Wir sind — sagt der „Constitutionnel" — zur Erklärung ermächtigt, daß diese Mittheilung jedes Grundes entbehrt und daß bis jetzt die Konvention vom 4. September in Konstantinopel keinen Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Repräsentanten der Signatar-Mächte dieses Aktes gegeben hat."

Der Nachricht, daß Spanien der französischen Regierung wegen des Lagers bei Bagneres le Bigorres Vorstellungen gemacht habe, wird in Pariser officiellen Kreisen Widerspruch entgegengesetzt.

Die Times behandelt heute nochmals in einem Leit-Artikel das Thema, daß König Franz II. wohl daran thun würde, jeden weiteren Widerstand aufzugeben, da seine Sache doch einmal verloren sei. „Wozu", sagt sie, „kann es nützen, wenn man das bourbonische Königthum solchergestalt bis an den Sockel niederbrennen läßt? Der Kaiser der Franzosen ist kein Freund des abgesetzten Königs, wenn er ihn dazu verleitet, seinen Widerstand noch zu verlängern." Man versichert daß Herr Thouvenel an den Minister des Königs Franz II., Herrn Casella, eine Note gerichtet habe, in welcher dem König die Entfernung von Gaëta dringend anempfohlen werde. —

Die „Indépendance" schreibt: General Graf Goyon erwarte nur mehr die letzten Weisungen aus Paris, um sich nach Neapel und Gaëta zu begeben. Die Meinung, Gaeta werde eine Französische Garnison erhalten, welche die Autorität des Königs Franz dort schützen solle, bis ein Kongreß über das Schicksal Italiens entschieden haben würde, sei sehr verbreitet, obwohl auch andererseits geglaubt würde, daß General Goyon beauftragt sei, den König Franz zur Entfernung aus Gaeta zu bewegen.

Der „N. Pr. Z." wird aus Paris geschrieben, daß man in den eingeweihten Kreisen außerordentlich kriegerisch über die nächste Zukunft denke, daß vorzüglich Preußen der Gegenstand aller Gespräche der höheren Offiziere ist; kurz, daß man sich hier zu einem Kriege gegen Preußen vorbereitet. Es ist mehr als ein Gerücht, daß man hier „en petit comité" vor einigen Wochen schon die linksrheinischen Lande Preußens und Baierns in Departements getheilt hat.

Aus Süddeutschland verlautet, daß in Berlin der Abschluß eines Handelsvertrags mit Frankreich auf politische Bedenken gestoßen sei.

Die „Preußischen Jahrbücher" enthalten in ihrem Novemberhefte einen längeren Artikel, worin es u. a. heißt: „Vergegenwärtigen wir uns einen Augenblick die Konsequenzen, zu denen ein Angriff der Italiener auf Venedig führen müßte, so werden wir uns schwerlich der Illusion hingeben können, daß es uns möglich sein wird, einem solchen Kampfe als unbetheiligte Zuschauer fern zu bleiben. Wie die Deutschen Grenzen nun einmal liegen, ist ein siegreiches Vordringen der Italiener, noch entschiedener aber eine vollständige Eroberung Venetiens ohne Verletzung des Deutschen Bundesgebiets unmöglich. Die thatsächlichen Zustände legen uns Pflichten auf, denen wir uns nicht entschlagen dürfen ohne Abbruch an unserer Ehre zu leiden."

So eben wird eine Note veröffentlicht, welche unter dem 10. September d. J. der dänische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, geh. Konferenzrath Hall, an die Vertreter Preußens und Oesterreichs, die Herren v. Balan und v. Jäger, erlassen hat. Diese hatten gemeinschaftlich in Veranlassung des bekannten von Oldenburg am Bundestage gestellten Antrages von der dänischen Regierung Aufklärungen hinsichtlich des in Widerspruch mit den Bundesbeschlüssen in Holstein und Lauenburg publicirten Staatsbudgets verlangt. Das dänische Gouvernement verweigert jede Aufklärung.

Die Sendung des Herrn Ghislieri nach Rom ist gänzlich erfolglos geblieben. Der heilige Vater verweigerte aufs Entschiedenste selbst die Verhandlung über den Gegenstand, der von dem gesandten Offizier im Namen Piemonts angeregt wurde.

Nach den letzten Berichten aus Vera-Cruz hat man der englischen Legation in Mexico gewaltsamer Weise eine Million Dollars genommen, welche den Actionären gehörten. (?)

---

### Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 19. September 1860.

(Fortsetzung.)

Reichsrath Conte Borelli erklärte, er wolle erstens seine Ideen über die Art, das finanzielle Defizit zu vermindern, auseinandersetzen, indem er den vom Komité in dieser Hinsicht gestellten weisen Anträgen vollkommen beistimme; zweitens wolle er den wahren Sinn seiner ersten Rede erläutern und drittens seine Meinung über die Staatsschuld aussprechen.

Wie das Komité, erkenne auch er, daß die drei vorzüglichsten Ursachen des Defizits: der Aufwand für die Armee, der für die Staatsverwaltung und endlich der für Staatsschuld seien. Da aber eine Vermehrung der Auflage als eine Unmöglichkeit anerkannt wurde, so müsse er sich blos mit den Ersparnissen beschäftigen, als einzige erübrigende Mittel um das bestehende Defizit zu vermindern und vielleich selbst zu beheben. Ueber die Art nun, wie diese Ersparnisse zu erzielen seien, wolle er sich äußern.

Den Aufwand für die Armee erkenne er als eine Nothwendigkeit, über welche kein Wort zu verlieren sei; nur durch eine unablässige und thätige Ueberwachung wäre es möglich auch hier eine Ersparniß zu erzielen. Die Möglichkeit dieser Ueberwachung aber wäre nur dann vorhanden, wenn ein eigenes Organ für selbe bestellt würde.

Hier bezog er sich auf seine erste Rede und erklärte, er wolle eine Erläuterung der Ideen geben, welche er darin auseinanderzusetzen bestrebt war. Diese seine Rede wurde in Italienischer Sprache gehalten und ohne daß selbe dem hohen Reichsrathe vollständig verdolmetscht wurde, sprach man darüber — und so wurde seine Absicht verkannt; dann wurde seine Rede nur im Auszuge gedruckt und so neuerdings seine Absicht nicht klar ausgedrückt.

Auf die Frage Sr. kais. Hoheit des Hrn. Reichsraths-Präsidenten, inwieferne diese Rede nicht vollständig aufgenommen worden sei, äußerte sich Conte Borelli dahin, daß in der Veröffentlichung derselben zwei Worte fehlten, und fügte bei, daß aber dennoch das Wort „unsichtbar" geblieben sei, welches sich auf die Ueberwachung bezog, die er von dem kais. Kabinete über die ganze administrative Verwaltung übernommen zu sehen gewünscht hätte, und die er als ein allerdings unzulängliches Mittel gegen die Unordnungen anempfohlen, über welche er gesprochen hatte.

Dieses Wort allein genüge, um allen irrigen Auslegungen zu begegnen, welchen seine Ansicht unterzogen wurde, weil es mit jenen Auslegungen unvereinbar sei.

Aus diesem Worte, fügte er bei, ergebe sich klar seine Absicht bei dem gegenwärtigen Bestande der Dinge, und zwar: daß, wie in dem Staate eine Polizei besteht, deren Aufgabe es ist, mit einer unsichtbaren unausgesetzten Thätigkeit die Völker in den Grenzen ihrer Pflicht zu halten, er den Antrag stellte, daß noch eine andere höhere unsichtbare unausgesetzte Polizei bestellt werden solle, welche von dem kaiserlichen Kabinete ausgehend alle Zweige der Verwaltung unausgesetzt überwachen und aus der Stimme des Volkes die bedeutendsten und wahrnehmbarsten Willkürlichkeiten und Unzukömmlichkeiten entnehmen und sie zur Kenntniß des kaiserlichen Thrones bringen sollte, damit die Schuldigen zur Verantwortung gezogen und bestraft und somit ein heiliger Schrecken verbreitet werde gegen alle Jene, welche gesonnen sein sollten, an die Stelle des Gesetzes die Willkür zu setzen, — und dies, um die Gründe der Unzufriedenheit und der Klagen der Völker zu vermindern.

Dies vorausgeschickt, erklärte er sich hinsichtlich der Armee auf die Bemerkung beschränken zu müssen, daß nur durch die Ueberwachung Ersparnisse angestrebt werden können, wenn eben ein Organ in's Leben gerufen würde, welches hiermit besonders beauftragt wäre.

Sohin zu den Ersparnissen in der öffentlichen Verwaltung übergehend und die Kosten der einzelnen Amtshandlungen zur Richtschnur nehmend, welche Kosten im Verhältnisse zur höheren Stellung der Behörden auch stets zunehmen und bei den Centralstellen eine unverhältnißmäßige Höhe erreichen, welche Thatsache er durch die in seiner Rede über die Auflassung der politischen Präturen in Dalmatien enthaltene Berechnung nachgewiesen habe, beantragte Conte Borelli, an Se. k. k. Apostolische Majestät die Bitte um Einsetzung von so viel Kommissionen zu stellen, als nothwendig erachtet würden, um jene Ersparungsmaßregeln durchzuführen, welche er, von dem erwähnten Gesichtspunkte ausgehend, nun andeuten wolle.

Er empfahl sohin die Decentralisation der Geschäfte nach einem wohlberechneten und klugen Maßstabe, weil die in den Provinzen behandelten Geschäfte viel geringere Kosten verursachen, als die bei den Centralstellen behandelten; die größte Vereinfachung des Geschäftsganges, weil die Zeit und die Arbeit der Beamten Geld kostet; die gesetzliche Feststellung von nur drei Instanzen in administrativen Angelegenheiten, weil jede weitere Instanz überflüssig ist und Aufwand erheischt, die Erlassung klarer und kurzer Gesetze, statt der umfangreichen und undeutlichen, welche endlose Schreibereien und somit wieder neue Auslagen hervorrufen — und ihm daher wie ein den Staat belastendes Passiv-Kapital erscheinen: daß daher Jemand beauftragt werde, in jedem Falle genau zu erwägen, ob die Nothwendigkeit einer neuen gesetzlichen Anordnung thatsächlich bestehe; denn auch aus jeder solchen neuen Anordnung erwachsen Schreibereien und folglich Kosten.

Er empfahl schließlich, daß die beantragten Kommissionen auch alle jene anderen Umstände in Erwägung zu ziehen hätten, welche in den angedeuteten Richtungen der Ersparung noch zu beleuchten kämen und deren weitere Aufzählung er der Kürze wegen unterlasse. Er kam sohin auf die öffentliche Schuld zu sprechen und bezeichnete diese unter den gegenwärtigen Verhältnissen als die Hauptursache der finanziellen Verlegenheiten des Staatsschatzes und der Völker des Reiches, deren unmittelbarer Einfluß auf die derzeitigen Geldverhältnisse die unheilvollen Schwankungen hervorrufe, welche jetzt zur Erscheinung gelangen.

Er bemerkte, daß diese Nachtheile vorzüglich alle jene Klassen treffen, welche von Arbeitsbezügen leben, so daß auch dem Staate neue und große Schwierigkeiten aus der Erhöhung der Gehalte für die Staatsbediensteten erwachsen; überdies seien durch die Höhe der Staatsschuld ungeheure Beträge den Börse-Operationen zugewendet und so der materiellen Hebung des Reiches entzogen, welche Umstände alle dem öffentlichen und Privatwohle entgegenstehen, so, daß eben nach irgend einem Mittel gesucht werden müsse, um endlich den Staat aus so unnatürlichen Verhältnissen zu befreien.

Er fügte bei, man wisse, daß man jede Schuld nach Verlauf einer gewissen Reihe von Jahren durch jährliche unbeträchtliche Perzente tilgen könne, welche Prozente der Gläubiger wie der Schuldner zu ihrem beiderseitigen Vortheile mit einem geringen gegenseitigen Opfer herbeischaffen können.

Er wünscht demnach, festhaltend an der vom Komité abgegebenen Erklärung, wornach derlei Maßregeln nur durch freiwillige Zustimmung bewerkstelligt werden können, daß Seine Majestät gebeten werde, eine freie Vertretung der Staatsgläubiger in's Leben zu rufen, um mit ihr Verhandlungen zu dem angedeuteten Zwecke, mit Rücksicht auf den beiderseitigen Vortheil, einzuleiten.

Er schloß endlich mit der Erklärung, daß jedenfalls über diesen Gegenstand ernstlich nachgedacht werden müsse, weil es für die Völker zu drückend wäre, die gegenwärtigen Lasten als unaufhörlich ansehen zu sollen, zu drückend für die Gläubiger, in fernster Zukunft nur Unsicherheit zu erblicken, zu drückend für den Staat und für die Völker, auf einem Pfade fortwandeln zu müssen, der in ziellose Unendlichkeit führt.

Se. kais. Hoheit stellten die Anfrage, ob die beiden Anträge des Conte Borelli in der Versammlung Unterstützung fänden?

Dieselben wurden von Niemand unterstützt.

Graf Hartig: „Ich muß mir erlauben, einige Bemerkungen über den Inhalt des Berichtes zu machen.

„Es wird nämlich darin gesagt, daß die zehnjährige Finanzperiode die Schuldenlast des Staates um 1300 Millionen vermehrt und das Staatsvermögen um mehr als 100 Millionen vermindert hat.

„An einer andern Stelle wird von einem zehnjährigen Defizit gesprochen. Nun muß ich bemerken, daß,

was das Defizit anbelangt, es nicht erst von zehn Jahren herrührt; es bestand schon lange vor diesen zehn Jahren. Ich habe mir die Mühe genommen, einen Staatsvoranschlag .........."

Graf Clam: „Ich erlaube mir die Bemerkung, daß die Erklärung bezüglich des zehnjährigen Defizits im ganzen Berichte nicht steht."

Graf Hartig: „Es wird doch auf eine zehnjährige Periode hingewiesen."

Graf Clam: „Hier ist gesagt, diese zehnjährige Finanzperiode .......... Es ist darauf hingewiesen, daß die Quelle der jetzigen Finanzlage in dieser zehnjährigen politischen Lage zu finden sei."

Graf Hartig: „Hier ist doch ausdrücklich gesagt, daß seit zehn Jahren allmälig ein Defizit entstand; das ist ja klar; es wird vom Defizit seit zehn Jahren gesprochen.

„Ich muß hier bemerken, daß das Defizit nicht blos seit zehn Jahren besteht; schon im Jahre 1842 war ein Defizit von 15 Millionen und 169.000 fl., freilich das gegenwärtige ist viel größer; man muß berechnen, daß, wenn das gegenwärtige größer ist, um wie viel die Auslagen vermehrt worden sind, und zwar nicht blos diejenigen für die innere Verwaltung.

„Der Hauptnachdruck der Darstellung im Berichte wird aber auf die innere Verwaltung gelegt. Ich bin nun sicherlich gar kein Wortführer für diese innere Verwaltung; ich glaube aber, es ist doch dabei noch Anderes in's Auge zu fassen.

„Im Jahre 1842 war ein Defizit von circa 16 Millionen, seither haben sich die Auslagen nicht blos bei der inneren Verwaltung, sondern auch bei zwei anderen Rubriken, beim Militär und bei der Staatsschuld, erhöht.

„Das Militär erfordert gegenwärtig um circa 60 Millionen mehr als damals; die Staatsschuld erfordert ebenfalls um 60 Millionen mehr. Dieses allein gibt eine Zunahme der Staatsauslagen von 120 Millionen; wenn man nun die 15 Millionen Defizit des Jahres 1842 dem jetzigen vom 39 Millionen entgegenhält, so muß man sagen, daß die Differenz nicht zu Ungunsten der gegenwärtigen Periode ausfällt."

„Freilich kann es mir hier gar nicht beifallen, daß ich ein Wortführer für Defizite sein wolle — ich habe das nur hervorgehoben, damit nicht die Schuld auf etwas gewälzt würde, was allerdings auch mit beiträgt, aber nicht die einzige ist.

Ferner kommt im Berichte eine andere Stelle vor: „Behoben könnte das Defizit nur werden, entweder durch eine Erhöhung der Einnahmen oder durch eine weitere Verminderung der Ausgaben."

Da ist ein Mittel ausgelassen worden, welches ein jeder Privatmann, der Vermögen besitzt, und Schulden hat, anwendet, nämlich eine Theil seines Vermögens zu verwenden, um seine Schulden zu zahlen, besonders, wenn die Interessen größer sind, als die Einnahmen von einem Theile seines Vermögens. Wir sehen dies tägtäglich. Wenn einer sich rangirt, gibt er einen Theil seiner Güter weg, die ihm weniger tragen, um sich seiner Schuldenlast zn entledigen.

„Ich trage nicht etwa darauf an, aber ich will nur hervorheben, daß Jeder, der den Voranschlag prüfen wird, sagen werde, da ist noch eine große Lücke. Ich glaube, daß auch die Kommission auf diese Sache hätte Rücksicht nehmen sollen. Doch will ich, wie ich schon einmal bemerkte, in dieser Beziehung hier keinen Vorschlag machen, obgleich ein solches Mittel meines Erachtens im äußersten Falle einem Staatsbankerotte und einem Wortbruche weit vorzuziehen wäre.

„Ein derartiges Mittel würde allerdings einen Theil des Staatsvermögens und selbst auch einen Theil des Volksvermögens in Anspruch nehmen, aber es ist immer besser als wortbrüchig zu werden.

„Wir erleben ja bei Privatleuten diesen Fall oft, daß sie ehrlich zahlen und nichts zurückbehalten. Wer in einem Konkurse etwas zurückbehält, verfällt dem Strafgerichte; der Staat verfällt allerdings nicht dem Strafgerichte, aber dafür einem anderen Gerichte," das eben so schrecklich ist, dem Weltgerichte."

Graf Szécsen: „Als Berichterstatter erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß die letzte Andeutung des Herrn Grafen Hartig darauf hinauszugehen scheint, als wäre im Berichte irgend wie darauf hingedeutet, daß dem Komité die Idee der Nichterfüllung der Verpflichtungen des Staates gegen seine Gläubiger vorgeschwebt habe.

„Gegen eine ähnliche Andeutung muß ich im Namen des Komité's mich auf das Entschiedenste verwahren."

Reichsrath Maager: „Ich erlaube mir zuerst mit wenigen Worten auf die freimüthige, offene Aeußerung des Herrn Leiters des Finanzministeriums zurückzukommen und meine eigene unmaßgebliche Ansicht darüber auszusprechen.

„Welche Staatsverwaltung auch immer eingeführt werden möge, es möge die Form dazu wie immer gefunden werden, sie möge noch so gut ausgedacht sein, so bin ich der festen Ueberzeugung, wesentlich glückliche Resultate wird sie nie und nimmermehr erreichen, so lange sie nicht von dem öffentlichen Vertrauen, dem Vertrauen des Volkes getragen wird.

„Dieses Vertrauen wird aber nur eben durch das Mittel erreicht werden, welches der Herr Leiter des Finanzministeriums vorgeschlagen hat, — durch glückliche politische Institutionen — und dadurch, daß Dasjenige, was für das Volk geschieht, theilweise auch durch das Volk geschehe, daß man dem Volke selbst eine entsprechende Vertretung bei der Lösung und Regelung seiner Angelegenheiten zugestehe.

„Eben, daß dieses zehn Jahre außer Acht gelassen wurde, eben darin sehe ich die Ursache und den Grund, daß so viele, gewiß nicht nur gutgemeinte, sondern auch gutgedachte Verwaltungsmaßregeln einen ganz anderen, einen entschieden ungünstigen Erfolg gehabt haben.

„Ich komme nun zum eigentlichen Gegenstande, um dessentwillen ich um das Wort gebeten habe.

„In dem Berichte ist von dem schwankenden Zustande der Valuta die Rede. — Bei dieser die Verhältnisse des Handels- und Gewerbestandes so tief berührenden Frage fühle ich mich als Präses einer Handels- und Gewerbekammer eines der bedeutenderen Kronländer der Oesterreichischen Monarchie gezwungen, einige Worte zu sprechen.

„Es ist ein charakteristisches Zeichen unserer Zustände daß, nachdem in den ersten Jahren so viele Freunde Oesterreichs sowohl im Inlande als im Auslande Projekte und Vorschläge zur Herstellung der Valuta gemacht, nachdem drei Finanzminister mit aller Anstrengung des Geistes und mit Energie die Regelung dieser Aufgabe versucht haben, nachdem einer der genialsten Staatsmänner Oesterreichs schon am Ziele zu sein vermeinte und von dort zurückgeschleudert wurde, nachdem, sage ich, alle diese Arbeiten und Versuche gemacht, alle diese Opfer gebracht wurden — gelangt sowohl das Budget-Komité des Reichsrathes als auch der Leiter des Finanzministeriums am Ende zu dem Ausspruche: Die Lösung der Frage ist keine Finanzmaßregel mehr, sondern sie ist eine politische.

„Nicht arithmetische und mathematische Kombinationen können uns den Kredit im Auslande wieder geben, sondern einzig und allein glückliche politische Institutionen, wie dies der wörtliche Ausdruck des hochverehrten Mannes ist, — mit anderen Worten: „eine Reichsverfassung."

„Ich spreche dem Leiter des Finanzministeriums hier öffentlich meinen warmen Dank aus, — offen und unumwunden — für die Freimüthigkeit, mit welcher er das Kind beim Namen genannt hat, ohne Bemäntelung, ohne Schönthuerei.

„Ja, meine Herren! Unsere Finanzfrage ist eine rein politische geworden und weil nach dem Sprichworte „Zeit ist Geld," so ist die rasche und schnelle Lösung der politischen Zustände die heiligste Pflicht der Staatsregierung.

„Mit jedem Tage wird durch die Schwankungen der Valuta das Reich ärmer und an Kraft immer mehr und mehr entnervt.

„Der Herr Ministerpräsident hat jüngst zu wiederholten Malen erklärt, es sei die Ueberzeugung Aller, daß in neue Bahnen eingelenkt werden müsse.

„Er berief sich hiebei auf das kaiserliche Handbillet vom 19. April l. J.

„Nun, hoher Reichsrath! vom April bis September sind fünf Monate verflossen, und Sie werden mir eingestehen, daß dieses Einlenken lange Zeit gedauert hat und trotzdem der Staatswagen kaum merklich vom Flecke gekommen ist.

„Was hat seit dieser Zeit der Kredit für Schwankungen durchgemacht!

„Am 23. April erfolgte die Publikation jenes kaiserlichen Handschreibens, es stand das Silber abermals auf $31\frac{3}{8}$, und nachdem die verschiedenen Hoffnungen auf morgen, und immer wieder auf morgen verschoben wurden, und dann selbst die Enttäuschung eintrat, da wurde die Silberscala hinunter und hinauf geschnellt und ist heute noch schlechter, als sie am 23. April 1860 war.

„Als Vertreter des Handels- und Gewerbestandes muß ich im Namen der unglücklichen Verkehrszustände den Wunsch aussprechen, daß die Zögerungen ihr Ende erreichen.

„Ich stelle keinen Antrag, denn wir sind eben daran, die Discussion über jene großen politischen Fragen vorzunehmen, welche über die nothwendige Organisation des Reiches gründliche Principe aufstellen sollen.

„Wie diese immerhin ausfallen mögen, welche Meinung immerhin überwiegen wird, — die Ueberzeugung muß Jeder aus uns nach seiner Heimath mitnehmen können, daß nicht abermals Monate vergehen dürfen, welche durch die Verzögerung der Reichsorganisation die Hebung des Reichskredites und die Besserung des Werthes unserer Valuta aufhalten und jenen fieberhaften Zustand für Volk und Handel permanent machen, der uns in der europäischen Familie als Parias erscheinen und kaum mit irgend einem Lande in Europa eine Parallele ziehen läßt.

„Ich wiederhole nochmals — ich stelle keinen eigentlichen Antrag, wohl aber wünsche ich, anknüpfend an den allerunterthänigsten Finanzbericht vom 3. September d. J., in welchem von der günstigen Wendung in den Verhältnissen des Geld- und Effectenmarktes die Rede ist und die Verheißung ausgesprochen wird, daß das Finanzministerium in dem zur Herstellung der Valuta geeigneten Momente die allerunterthänigsten Vorschläge für eine entsprechende Lösung unterbreiten wird, ich wünsche, sage ich, daß der hohe Reichsrath den Wunsch ausspreche: daß nicht erst nach dem Abwarten langjähriger Erfahrungen über den Erfolg, welchen eine freie Bewegung und das Einathmen gesunder kräftiger Luft hervorbringen wird, der Arzt dem Kranken die heilende Medicin reiche, sondern daß Se. Excellenz jenen allerunterthänigsten Vorschlag der Prüfung der Regierung in kürzester Frist unterbreiten möge.

„Schnelle Hilfe ist eine doppelte Hilfe und das Wort „zu spät" hat eine historische Bedeutung erlangt.

„Ich bin mit meinem Vortrage fertig. Ich erlaube mir nur um die Gunst zu bitten eine Angelegenheit anderer Art, die für das Land, dem ich angehöre und das ich hier zu vertreten die Ehre habe, eine Lebensfrage ist, zur Sprache bringen zu dürfen.

„Ich möchte sie nicht jetzt anknüpfen, um nicht diese Debatte auf einen andern Gegenstand hinzuziehen.

„Es ist mir aber in dem ganzen Berichte nirgends ein Anhaltspunkt geboten, an welchen ich anknüpfen könnte und ich stelle daher die Bitte, wenn der vorliegende Gegenstand zu Ende sein wird, diese Angelegenheit zur Sprache bringen zu dürfen."

Ministerpräsident Graf Rechberg; „Der verehrte Herr Vorredner hat sich auf ein Feld eingelassen, auf welches ihm zu folgen das Ministerium sich nicht für berechtigt hält.

„Wenn der Regierung vorgeworfen wird, daß seit dem 19. April d.J. bis heute eine lange Zeit unbenützt verflossen sei, so gebe ich einerseits dem hohen Reichsrathe die Schwierigkeiten zu bedenken, welche sich der Regierung bei jedem Schritte entgegenthürmten, und andererseits mache ich die Versammlung darauf aufmerksam, ob die Regierung den Berathungen des hohen Reichsrathes, den Discussionen, welche hier stattfinden, wohl hätte vorgreifen sollen, ob es passend gewesen wäre, dem Resultate derselben durch eine rasche Lösung zu präjudiciren.

„Ferner muß ich den Herrn Vorredner noch auf einen Punkt aufmerksam machen. Wenn er die Lösung der Valutaverhältnisse abhängig macht von gewissen Institutionen, wie sie in neuerer Zeit häufig genannt und beliebt werden, so zitire ich das Beispiel Englands. Der Herr Vorredner wird nicht in Abrede stellen, daß England eine neue Verfassung besitzt. Wie hoch sich aber die Kursschwankungen der Valuta in jenem Lande beliefen geht aus den Berichten vom Jahre 1792 bis 1820 hervor.

„Es war eine Folge der politischen Ereignisse, daß diese Schwankungen in England stattgefunden haben und die Institutionen, so gut sie auch in England sind, konnten diesen Schwankungen keinen Einhalt thun.

„Ebenso ist in Oesterreich die Valutafrage eine Folge der politischen, der äußeren Verhältnisse und der europäischen Verwicklungen.

„Diese kann die Regierung nicht nach ihrem Willen regeln, nicht nach ihrem Willen in das erwünschte Geleise bringen.

(Fortsetzung folgt.)

## Oesterreichische Monarchie.

**Wien,** 11. Dec. Die Herren Ritter v. Schmerling, v. Plener und Graf Gołuchowski hatten gestern Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser. (Die Wiener nicht officiellen Blätter bringen die Nachricht von der Ernennung des Ritters von Schmerling zum Staatsminister an Stelle des Grafen Gołuchowski mit solcher Bestimmtheit, daß an der Richtigkeit dieser Thatsache wohl nicht mehr zu zweifeln ist.)

Durch die Yacht „Victoria and Albert", die in Portsmouth wieder eingelaufen ist, sind genauere Nachrichten über die Reise Ihrer Maj. der Kaiserin und ihre Ankunft in Madeira eingetroffen. Am 27. Nov. um 7 Uhr früh ging die „Victoria and Albert" auf der Höhe von Loo Rock in der Funchal-Straße vor Anker. Die See ging hoch, die Kaiserin aber fühlte sich merklich wohler, je weiter sie nach Süden kam. Einen großen Theil der Ueberfahrt brachte sie in einem der zu Seiten der Radkasten angebrachten Alcoven zu, wobei ihr die Fürstin Windischgrätz, die vom ganzen Gefolge noch am allerwenigsten von der Seekrankheit zu leiden hatte, Gesellschaft leistete. Die Kaiserin selbst war, trotz des bösen Wetters, auf der ganzen Fahrt zwischen Plymouth und Madeira von diesem häßlichen Leiden verschont geblieben. In Madeira angekommen, begab sich J. Maj. mit ihren Begleitern in den kgl. Staatsbarken an's Land. Die Forts salutirten, die portugiesischen Behörden warteten am Landungsplatz. der mit Flaggen verziert war, und ein Schauer von Raketen begrüßte die königl. Barke. Am 1. d., um 9 Uhr Abends, sollte die „Victoria and Albert" ihre Heimfahrt nach Portsmouth antreten und brannte noch am Abend vorher ein schönes Feuerwerk zu Ehren der Kaiserin ab, wobei Mörserraketen abgefeuert und die österreichischen Farben vermittelst farbiger Lampen dargestellt wurden. Die Kaiserin hatte, bevor sie in Madeira an's Land stieg, dem Capitän der Yacht, dem Mr. Joseph Denman, eine kostbare Dose mit dem Bildnisse ihres kaiserlichen Gemahls, dem Dr. Minter und dem Commandeur Christien werthvolle Brillantringe überreicht. Die Mannschaft der beiden Yachts wurde mit 500 Lstr. beschenkt.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta geruhten dem Musikvereine zu Innsbruck ein Geschenk von Einhundert Gulden zuzuwenden. Auch Se. kais. Hoh. der durchlauchtigste Herr Erzherzog Statthalter Karl Ludwig haben diesem Vereine ein Geschenk von Einhundert Gulden zugehen lassen.

Se. Majestät der Kaiser Ferdinand haben behufs der Vornahme größerer Baureparaturen für das Piaristenkollegium zu Hayda den Betrag von 300 fl. zu spenden geruht.

Se. k. Hoh. der Herr Erzherzog Ernst ist gestern von Schönkirchen zurückgekehrt.]

Der Herr Statthalter von Görz, Gradiska, Istrien und Triest, Freiherr v. Burger, ist nach Wien berufen und gestern von Triest hier angekommen. Die Herren Statthalter Freiherr v. Bach und Graf Strassoldo sind nach Linz und Graz abgereist.

Der Sektionsrath im k. k. Finanzministerium, Frhr. v. Mally, ist am Samstag als Bevollmächtigter Oesterreichs zu den österreichisch-preußischen Eisenbahn-Konferenzen nach Berlin abgereist. Es handelt sich darum, Vereinbarungen über den Anschluß der Kaiser Ferdinands-Nordbahn an die preußisch-oberschlesische Eisenbahn zu treffen.

Die Kundmachung des Beschlusses des Gerichtshofes im Proceß Richter wird Donnerstag um 10 Uhr erfolgen.

Die heutige Wiener Zeitung enthält eine Verordnung des Staatsministeriums betreffend die Grundzüge für die Organisation des Staatsdienstes.

Das Abendblatt der Wiener Zeitung bringt eine telegraphische Anzeige aus Prag vom 8. d., derzufolge sich an diesem Tage zum Empfange des neu ernannten Herrn Statthalters Grafen Forgách eine bedeutende Menschenmenge in der Nähe des Bahnhofes eingefunden hatte. Nach der Ankunft zog ein Haufe derselben durch die Kolowratstraße und die neue Allee, wo an einigen Punkten demonstrative Rufe im nationalczechischen Sinne erfolgten. Beim Herannahen der Militärpolizeiwache stob die Menge auseinander. Es sind Vorkehrungen getroffen worden, um ähnlichen Ausschreitungen auf das Entschiedenste entgegenzutreten.

Der Hofkanzler Baron v. Vay hat anläßlich einer ihm zu Ehren stattfindenden Festivität den Aufenthalt in Pesth verlängert und sollte heute in Wien eintreffen.

Der Erbobergespan Fürst Paul Eszterházy ist mit dem Grafen Bela Szechenyi und der hieher gekommenen Deputation des 1848er Ausschusses am Samstag Früh nach Oedenburg abgereist, um die Berathungen mit den Comitatsvorständen zu beginnen.

Am 6. d. M. versammelte in Pesth der Bürgermeister eine theils aus dem städtischen Repräsentationskörper des Jahres 1848, theils aus anderweitigen Notabilitäten einberufene Versammlung, welche die Angelegenheit der Aufstellung einer verfassungsmäßigen Repräsentation für die Stadtgemeinde besprach. Die Beschlüsse der Tags vorher stattgehabten Vorversammlung wurden derart adoptirt, daß man das Gesetz des Jahres 1848 als Basis annahm, sohin die Restaurirung des damals bestandenen Repräsentationskörpers aussprach und die Ergänzung desselben durch die im Jahre 1847 berechtigten Wahlfaktoren im Designationswege als wünschenswerth erklärte. Die Durchführung der vollen munizipalen Autonomie auf Grund der Verfassung (einschließlich der Jurisdiktion und Polizeiverwaltung) wurde der neuen Kommunalbehörde überlassen. Dieselbe wird auch lediglich mit Berücksichtigung der Qualifikation den Beamtenkörper provisorisch bestellen.

## Deutschland.

Ueber das Ergebniß der Karlsruher Rheinzoll-Conferenz vernimmt man, daß der preußische Antrag auf allgemeine Annahme die meiste Hoffnung habe. Nach diesem würde der Rheinzoll für die jetzige ganze und Viertelgebühr auf ein Sechstheil des Auslandszolls herabgesetzt werden, während die Zwanzigstelgebühr völlige Zollfreiheit bekäme.

## Frankreich.

**Paris,** 8. Dezember. Der „Moniteur" gibt heute in Form eines Rundschreibens des Ministers des Innern an die Präfecten den Standpunkt an, auf den sich die französische Presse unter dem neuen Regime zu stellen hat. Da man durch die zweite Rundnote des Herrn v. Persigny die Gewißheit erlangt hat, daß die Presse der ministeriellen Willkür unterworfen bleibt und man außerdem weiß, daß der Kaiser von dem Gedanken der Neuwahlen absehen wird, so will die Opposition im gesetzgebenden Körper die beiden wichtigen Fragen von der Tribune herab anregen und wenn die Kammerauflösung nicht erfolgen würde, in Gesammtheit mit der Erklärung austreten, daß sie ihre Vollmachten durch den Wandel der Verhältnisse für aufgehoben und sich nicht für berechtigt halte, in der Kammer zu sitzen und zu stimmen. Die Eröffnung der Kammern soll in der ersten Hälfte des Januar stattfinden. — Der Marschall Duc de Malakoff (Pelissier) soll nun wirklich entschlossen sein, nicht nach Algerien zu gehen, weil man ihm nicht eine völlig discretionäre Gewalt über alle Civilbeamten zugestehen wollte. Jetzt heißt es, der Marschall von Frankreich, Graf César Randon, werde den Oberbefehl in Algerien übernehmen; dort stand derselbe bekanntlich mehrere Jahre. Der Marschall Duc de Magenta (Mac Mahon) soll den Oberbefehl über die kaiserliche Garde erhalten, und Marschall Vaillant ist zum kaiserlichen Hausminister ernannt, seine Stellung als Großpalastmarschall hat dadurch einige wesentliche Attribute mehr erhalten. — Es ist sicher, daß die „Presse" von Emil de Girardin, Arsène Houssaye und Rouher für die Summe von 800,000 Fr. angekauft worden ist. — Graf Bacciochi ist, wie man vernimmt, zum Ober-Intendanten de menus plaisirs et théâtres impériaux ernannt worden. Diese Stelle bestand unter dem alten Regime. — Wie verlautet, beabsichtigen die französischen Cardinäle in Paris zusammenzutreten und über die römische Frage Rath zu halten. — Die Zahlung der fälligen Zinsen der römischen Anleihe ist in diesem Augenblick vollbracht. Da in den Turiner Blättern allerlei gefabelt wird, was das Gerücht veranlaßt hat, Piemont habe einen Theil der Fonds beigetragen, so bemerken wir ausdrücklich, daß dies nicht wahr ist. Der Ertrag des „Peterpfennigs" hat den römischen Stuhl in die Lage gebracht, seinen Verpflichtungen nachzukommen — angenommen, daß es wirklich seine Verpflichtung war, die Zinsen vollständig zu zahlen, obgleich Piemont ihm mit seinen Provinzen auch seine Einkünfte gestohlen hat.

Die „Union" veröffentlicht heute das Schreiben des Cardinals de Bonald, Erzbischofs von Lyon, Primas von Gallien, an den Cultusminister. Der Prälat protestirt darin gegen das Circular des Herrn Billault über den Stempel und die Censur der bischöflichen Erlasse und er schließt mit den Worten: „Ich bin erstaunt darüber, daß der Minister des Innern nicht begriffen hat, daß sein Rundschreiben über die Publication der bischöflichen Hirtenbriefe einen der Fundamentalpunkte der katholischen Religion, ein wesentliches Recht unsers Apostolats berührt, ein Recht, das wir mit einer unbesiegbaren Festigkeit und wenn's nöthig ist, mit Aufopferung des Lebens, wie Bossuet sagt, vertheidigen müssen. Bevor man diese brennenden Fragen anregt, hätte man prüfen müssen, was man in den Schranken seines Rechtes kann und was man nicht kann, um keine Stürme hervorzurufen, die man Mühe haben würde zu beschwören und um keine Forderungen an die Autorität der Kirche zu stellen, die man niemals ungestraft verwirrt. Man hätte dem

Worte des Staatsoberhauptes: Das Kaiserreich ist der Friede, kein Dementi geben müssen."

## Spanien.

Ueber das telegraphisch gemeldete Attentat gegen den Marschall O'Donnell liegen nähere Details vor. Der sofort festgenommene Urheber des Attentats, ein gewisser Imaz, ist ein Individuum von so überspannten Ansichten, daß er bereits zu wiederholten Malen Gegenstand polizeilicher Beachtung wurde. Der Marschall ist nur leicht an der Schulter verwundet und hat die Fassung keinen Augenblick verloren. „Pays" wünscht sich Glück zu dem Mißlingen der verruchten That, glaubt aber im Hinblick auf dieselbe Folgendes bemerken zu müssen: „Ohne Zweifel kann in dem Vorgange nur ein isolirtes Faktum erblickt werden und wir wollen Niemand solidarisch dafür verantwortlich machen. Man kann sich jedoch der Bemerkung nicht entschlagen, daß die Königin Isabella erst vor Kurzem das Ziel eines eben so verbrecherischen Unternehmens war und daß diese beiden Attentate in einem Augenblicke begangen wurden, in welchem die politischen Agitationen eine gewisse Ausdehnung annehmen, die ungereimtesten Gerüchte cirkuliren und es beinahe den Anschein hat, als wenn man durch einen Komplex geheimer Mittel die öffentliche Meinung aufregen, die Auflösung der Cortes herbeiführen und den Umsturz des Kabinets veranlassen wollte, Umtriebe, die das Land bald zu richten wissen würde."

Französische Blätter bringen nachstehende telegraphische Depesche aus Madrid vom 7. Decbr. Die Presse verurtheilt einstimmig das gegen O'Donnell begangene Attentat. Die Nachricht von demselben hat in den Provinzen allgemeine Entrüstung hervorgerufen. General O'Donnell erschien heute Mittags im Palast und im Senat.

## Großbritannien.

**London,** 8. Dec, Die Verlobung der Prinzeß Alice mit dem Prinzen Ludwig von Hessen-Darmstadt soll zu Weihnachten oder, wie man andererseits hört, erst gegen Ostern gefeiert werden.

Eine Zuschrift an Daily News beschwert sich darüber, daß die Kaiserin der Franzosen in Windsor nicht den gastlichen Empfang gefunden habe, den das englische Publicum ihr gewünscht. Der Einsender will wissen, der Hof habe seine Einladung an die Kaiserin Eugenie in Form der Frage gerichtet, „ob Ihre Majestät auf einige Tage nach Windsor kommen oder ob sie bloß zum Luncheon (Gabelfrühstück) vorsprechen wolle?" Diese Alternative mußte natürlich den Wunsch des Hofes deutlich verrathen, und die Kaiserin konnte unmöglich anders als das Luncheon wählen.

In Oxford fand gestern die Wahl für den durch den Tod des berühmten Orientalisten Wilson erledigten Lehrstuhl für Sanskrit Statt. Die beiden Bewerber waren Monier Williams, Mitglied von University College, so wie bis vor Kurzem Lehrer der Sanskrit-Sprache am Collegium zu Haileybury, und Max Müller, Professor der modernen europäischen Sprachen an der Universität Oxford. Unser ausgezeichneter Landsmann Max Müller, anerkannter Maßen einer der ersten jetzt lebenden Orientalisten und Sohn des Dichters Wilhelm Müller, unterlag. Williams erhielt 833, Müller 610 Stimmen.

Es ist seit acht Tagen, als seien für Irland die Tage Daniel O'Connell's zurückgekehrt. Der Ruf nach „Repeal", Aufhebung der Union zwischen England und Irland geht wieder durch's Land. Ob er ernst gemeint ist, muß die Zukunft lehren. Die ganze Bewegung entwickelt sich unter der Aegide der bekannten Lord John Russell'schen Note, die wie ein Banner voraufgetragen wird. Der Stimmzettel über Alles. In Dublin fand ein Repeal-Meeting unter Vorsitz des Abgeordneten für Tipperary, Mr. O'Donoghue, statt. Der Vorsitzende hob hervor, wie die Auflösung der Union stets das Bestreben aller Irischen Patrioten gewesen sei und ewig bleiben werde, wie die besten Männer um dieser Bestrebung willen im Jahre 1848 von einer parteiischen Jury verdonnert worden waren, wie Irland sich in alle Ewigkeit dagegen sträuben werde, von Engländern geknechtet und ausgeplündert, von einem Englischen Parlamente, das dem Lande fremd sei, regiert zu werden. Englands Staatsmännern und Pairs hätten endlich erklärt, daß jedes Volk das Recht besitze, sich seine Regierung selber zu wählen. Wohlan denn! Irland sei bereit zu wählen und erklärte, sein eigenes Parlament wieder haben zu wollen, unbeschadet der Rechte der Krone und der erlauchten geliebten Königin. In diesem Sinne wurden noch mehrere Reden gehalten, wobei es an heftigen Ausdrücken, starken Ausfällen, gewürzten Interpellationen und enthusiastischem Beifall nicht fehlte. In diesem Sinne wurden auch mehrere Resolutionen gefaßt. Sie gehen sämmtlich darauf hinaus, es möge die Königin, nachdem das Selbstbestimmungsrecht aller Völker Staatsgrundsatz geworden, zu beschließen geruhen, daß dem nationalen Wunsch Irlands Gerechtigkeit wiederfahre, und möge J. Maj. deshalb verordnen, daß Irland auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts sich darüber, ob es die Union mit England lösen wolle, frei aussprechen dürfe. (Wer Wind säet, wird Sturm ernten.)

Die „Times" sucht die Vorgänge in Irland zu verspotten und als völlig gefahrlos darzustellen, schreibt aber doch: „Wir schätzen uns glücklich, sagen zu können, daß unserer Meinung nach die französische Panzer-Fregatte „La Gloire" sich höchst unwahrscheinlich nach Bantry-Bay oder einem andern irischen Hafen verirren wird. Aber sollte sie dies, und sollten die Repealers mehr als Hurrah! schreien wollen, so möchten wir ihnen rathen, sich des J. 1798 zu erinnern, ehe ihr Eifer sie zu weit fortreißt." Die Times, meint die „NPZ.", scheint also dennoch an die Möglichkeit des „Fortgerissenwerdens" zu denken. Und warum sollten sich denn die Irländer nicht ebenso gut von außen her bestimmen lassen zum Abfall von der Regierung, die ihnen nicht gefällt, wie die Sicilianer und Neapolitaner es gethan unter dem „Hurrah" der Times?

## Italien.

Nach einem Schreiben des „Vat." aus Mailand war man mit dem italienisch-ungarischen Revolutionsplan im Reinen: die ungarische und italienische Revolution wird Hand in Hand gehen und gleichzeitig auf Oesterreich eindringen, während Griechenland und die Donaufürstenthümer eine Reserve-Stellung einnehmen werden. Die bezüglichen Beschlüsse müssen im Laufe dieser Woche wieder gefaßt worden sein, denn während Oberstlieutenant L . . . . nach Paris, ein gewisser Fondi, Mitglied des dortigen venetianischen Revolutionscomités, nach Turin abreiste, wurden zugleich nach Venetien, Ungarn, Jassy, Bukarest, Konstantinopel und Warschau Agenten abgesendet, um die Dinge daselbst vorzubereiten und sich mit der Partei des Umsturzes in jenen Ländern in Verbindung zu setzen. So viel sei ebenfalls bereits beschlossen und festgesetzt, daß Kossuth sich der durch Klapka zu commandirenden Invasions-Armee, welche Ungarn zu revolutioniren bestimmt ist, anschließen wird, um gleich mit seiner bekannten Revolutions-Operation bei der Hand zu sein. Derselbe hat auch in Paris und London mit mehreren Häusern Unterhandlungen betreffs des Abschlusses eines Anlehens von 5 Millionen Gulden eingeleitet, welche bereits so weit vorgeschritten sein sollen, daß die Erhebung des Capitals zu jeder Zeit erfolgen kann. 8000 Lütticher Gewehre und 6400 ungarische Uniformen sind bereits seit einigen Tagen für die ungarische Revolution hergerichtet, hier depositirt und man hofft bis Ende Jänner das Doppelte beisammen zu haben. Der Zeitpunkt für den Angriff auf Oesterreich ist auf die ersten Tage des Monats März festgesetzt.

Der „Patrie" wird aus Genua geschrieben (vom 5. Dec.), daß Garibaldi mehrere seiner Generale, die sich zu ihm begeben hatten, angekündigt habe, daß er die von ihnen im Hinblicke auf die Ereignisse des künftigen Frühjahrs ergriffenen Maßregeln billige, und daß er ihnen erklärt habe, er werde sich am 1. März an der Spitze seiner Waffengefährten befinden, um von Neuem für die Unabhängigkeit Italiens zu kämpfen.

Die „Patrie" meldet: „Bis zum 3. d. M. hat sich nichts Erhebliches vor Gaëta begeben; die Belagerer haben probeweise die Stadt mit einigen Bomben beworfen, die keinen Schaden angerichtet haben und auf öde Plätze gefallen sind. Das Feuer wurde eingestellt, um die Zielrichtung zu ändern. Das Französische Geschwader hat frische Lebensmittel aus Toulon bezogen, was auf die Verlängerung seines Verweilens vor Gaëta hinweist. In Neapel war die Rede, Viktor Emanuel werde die Aushebung von 150.000 Mann in Süditalien dekretiren. Man sprach auch von einer Verabschiedung der Englischen Legion, die in Caserta garnisonirt und im beständigen Hader mit der Bevölkerung lebt. Der größte Theil der Piemontesischen Armee befindet sich gegenwärtig im Königreich beider Sizilien; abgesehen von den in Neapel und den vornehmsten Städten des Landes befindlichen Garnisonen steht ein Korps vor Gaëta, ein zweites in den Abruzzen, wo die Situation noch immer sehr ernst ist, und ein drittes in Calabrien, wo ebenfalls eine gewisse Gährung herrscht. Keines dieser Korps hat noch entscheidende Vortheile errungen, woran die Jahreszeit Schuld trägt, welche die Operationen in dem gebirgigen Theile des Landes ungemein erschwert; die Lage scheint vor dem Frühling keine Lösung finden zu sollen.

Die Erhebung in den Abruzzen — schreibt der „Pays" — scheint allgemein geworden zu sein. Unsere neuesten Nachrichten melden uns, daß das gesammte Gebirge in der Gewalt der Truppen des Obersten Lagrange ist, der in diesem Augenblick bereits 10.000 Mann befehligt. Die Piemontesischen Truppen in Neapel ziehen nach den Abruzzen, um die Erhebung zu unterdrücken oder wenigstens in gewissen Grenzen zu halten. Dem General Pianelli wird zum Vorwurf gemacht, daß er keine energischen Maßregeln getroffen, um den Verkehr zwischen Neapel und Aquila offen zu erhalten. In Calabrien nimmt die Gährung ebenfalls einen sehr ernsten Charakter an und auch dorthin sind Truppen von Neapel aus entsendet worden, um die Bewegung möglicher Weise zu hemmen. Hieraus ergibt sich die Erklärung, warum die Belagerung vor Gaëta nicht eifriger betrieben wird; die Truppen sind theilweise zerstreut und mit der Niederhaltung der Aufstände auf dem flachen Lande beschäftigt."

In Neapel wird Farini's Stellung immer schwieriger. Er scheint dies selbst zu fühlen und soll erklärt haben, nur mehr bis zum 15. Jänner im Amte bleiben zu wollen, falls bis dorthin die Sachlage nicht wesentlich gebessert sein würde.

Aus Palermo wird vom 2. d. geschrieben, daß die revolutionäre Regierung einen Versuch gemacht habe, den tapferen General Fergola zur Kapitulation zu bewegen, daß aber dieser Versuch wie alle früheren an der Festigkeit des Commandanten der Citadelle von Messina gescheitert sei.

## Montenegro.

Nachrichten aus Cattaro geben eigenthümliche Aufschlüsse über die letzten Ereignisse in Cetinje und melden Symptome, die nicht ganz unbeachtet bleiben dürfen. Die Stimmung der Montenegriner scheint eine ihren österreichischen Nachbarn keineswegs freundliche, und man hört oft laut sagen, daß die Bewohner der schwarzen Berge den ersten Anlaß benützen wollen, um einen Raubzug auf österreichisches Gebiet zu unternehmen. Die Abreise der Fürstin Darinka geschah plötzlich, und wie man nach der Mittheilung verläßlicher Berichte annehmen darf, nicht ohne Anwendung von Gewalt (?); Thatsache sei, daß die Fürstin ohne alle Bagage in größter Eile das Land verließ und ohne Cattaro zu berühren, nach Corfu zu ihrer Schwester eilte. Von dort wird sie sich wahrscheinlich nach Turin begeben, wo ihr Bruder als Privatmann lebt. Leute aus der Umgebung der Fürstin erzählten vor Einschiffung derselben, daß sie mit einer jährlichen Apanage von 12,000 fl. eine Stellung als Hofdame der Kaiserin Eugenie angenommen habe. Im Senat zu Cetinje fand in der letzten Sitzung eine förmliche Schlägerei statt, in deren Verlaufe der Fürst von Mirko, der Vater, einen Schlag über den Kopf erhielt. Die Zustände daselbst sind der Art, daß sie einer schleunigen Aenderung bedürfen.

## Asien.

Der „Moniteur" bringt über die letzten Ereignisse in China den amtlichen Bericht des Generals Montauban aus dem Feldlager von Palikiao, anderthalb Meilen von Peking, vom 24. Sept. Die Gesanden hatten sich durch die Betheuerungen der chinesischen Commissäre, daß sie mit ausreichenden Vollmachten nach Tientsin kommen würden, nicht beirren lassen, sondern wiederholentlich erklärt, daß sie nur in Tongtschu unterhandeln würden. Darauf zeigte der Prinz Tsai von Y-Tsin an, daß die chinesische Regierung Alles bewilligen würde, wenn die Verbündeten sechs Meilen vor Tongtschu stehen blieben; in Tongtschu selbst solle dann die in Tsientsin vorbereitete Convention unterzeichnet und in Peking, wohin sich die Gesandten mit einer Escorte von tausend Mann begeben könnten, ratificirt werden. Der französische Gesandtschafts-Secretär, Graf Bastard, begab sich nun nach Tongtschu und traf dort am 18. Sept. wirklich die beiden chinesischen Commissäre an, welche sich mit ihm über die Unterzeichnung des Vertrags einigten. Als er aber zurückkehrte, um Bericht zu erstatten, und die Truppen der Verbündeten in Changkiawang, dem für ihr Feldlager bestimmten Platze, eintrafen, sahen sie eine tatarische Armee von 15- bis 20.000 Mann vor sich, welche plötzlich aus 70 Kanonen ein Feuer eröffnete. Obschon durch einen so unerwarteten boshaften Angriff ziemlich überrascht, hatten die Verbündeten doch schon nach einer Stunde mit sehr geringen Opfern Alles, was sie vor sich hatten, genommen und den Feind total zersprengt, der 1500 Todte auf dem Schlachtfelde zurückließ. Dieser boshafte Ueberfall scheint nicht den chinesischen Commissären, sondern nur dem Todfeinde der Fremden, Sankolinsin, zur Last gelegt werden zu müssen. Später erfuhr man, daß diejenigen Personen, welche sich während dieser Affaire in Tongtschu befanden, dort gefangengenommen und nach Peking gebracht worden sind, wo sie die beste Behandlung erfuhren. Es sind dies französischerseits der Oberst Grandchamps, der Dolmetsch Montauban's, Abbé Duluc, Hr. d'Escayrac de Lauture, und einige Leute vom Gefolge; englischerseits der Dolmetsch Lord Elgin's, Parkes, dessen Secrätär Lok, und der Times-Berichterstatter Bowlbey. Da nach dem Ueberfall von Changkia die chinesischen Commissäre Nichts von sich hören ließen, so beschlossen die Verbündeten nunmehr, das vollkommen verlassene Tongtschu rechts liegen lassend, direct auf Peking zu marschiren, wo, wie sie erfahren hatten, bei Palikiao, zwölf Kilometer vor jener Hauptstadt, ein beträchtliches Lager formirt, durch zahlreiche Artillerie vertheidigt, von dem Canal, der den Peiho mit Peking verbindet, geschützt, und von Sankolinsin selbst commandirt war. Am 22. Sept., 7 Uhr Morgens, begann der Kampf, um 3 Uhr Nachmittags war das Lager genommen; die Chinesen hatten enorm viel Leute verloren, und alle Zelte im Stiche gelassen. Diesen Schlachttag schildert die Depesche Montauban's. Ueber den Tag von Changkia (18. Sept.) ist der Bericht noch nicht eingetroffen. An beiden Tagen haben die Verbündeten 100 Kanonan erbeutet. Am 22. schrieb der ältere Bruder des Kaisers, Kong, an die Gesandten und zeigte ihnen an, daß Tsai und Muh abgesetzt und er selber zum Commissär ernannt und für den Friedensschluß bevollmächtigt worden sei. Den letzten Nachrichten zufolge haben ihm die Gesandten erwidert, daß die in Peking festgehaltenen Europäer ins Lager der Verbündeten zurückgeschickt sein müßten, bevor man die Feindseligkeiten einstellen und sich auf Unterhandlungen einlassen könne.

## Local- und Provinzial-Nachrichten.

**Krakau,** 12. December.

* Vor einem Jahre hatten sich die Studenten der Jagiellonischen Universität an den akademischen Senat mit dem Plane gewendet, zum Behuf der Unterstützung nothdürftiger Collegen einen Verein unter sich zu gründen. Jetzt ist von ihnen, wie der „Czas" erfährt, neuerdings demselben der Statutenentwurf einer akademischen Gesellschaft zur gegenseitigen Unterstützung, wie solche an anderen Universitäten bestehen, vorgelegt worden mit dem förmlichen Gesuch, die Statuten an die eigentliche Behörde gelangen zu lassen und ihre Bestätigung zu erwirken.

## Handels- und Börsen-Nachrichten.

* Die Rinderpest ist, wie die „Lemb. Z." meldet, in der zweiten Hälfte des vorigen Monates zu Bozańcze, Bukowinaer Kreises, zu Słobudka und Sidorów Czortkower Kreises, zu Halicz Stanislauer Kreises und zu Czaple Samborer Kreises erloschen und in der letzten Zeit kein neuer constatirter Ausbruch dieser Seuche vorgekommen. Es hat sich daher die mit 15. v. Mts. bestandene Zahl von 12 Seuchenorten auf 7 vermindert, während einen weiteren Beweis von der fortschreitenden Seuchenabnahme auch noch der Umstand liefert, daß nur in einem der ausgewiesenen Seuchenorte faktisch noch ein Krankenstand verbleiben, in den übrigen 6 dagegen die Kontumazperiode schon im Zuge ist. Diesem Nachweise haben wir noch beizufügen, daß die Seuche in den gegenwärtig ausgewiesenen 7 Seuchenorten unter dem Viehstande von 3929 Stücken in 112 Gehöfen 302 Erkrankungen veranlaßte, wovon 54 in Reconvaleszenz übergingen, 223 tödtlich endeten, 14 durch Anwendung der Keule abgeschlossen wurden und 8 noch unentschieden blieben, während außer den vorgedachten 14 seuchenden auch noch 61 seuchenverdächtige Stücke vertigt worden sind.

**Paris,** 10. December. Schlußkurse: 3perz. Rente 68.95. — 4½perz. 97.—. — Staatsbahn 513. — Cred.-Mob. 776. — Lomb. 487. — Oesterr. Kredit. fehlt. — Consols mit 92⅞ gemeldet.

**London,** 10. December. Flau Schluß-Consols 92¾. — Silber 61½.

**Wien,** 11. December. National-Anlehen zu 5% 76.80 Geld, 77.30 Waare — Neues Anlehen 86.15 G. 87.— W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 65.75 G. 66.— G. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 749.— G. 750.— W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 172.60 G. 172.70 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. CM. 1951.— G. 1952.— W. — der Galiz.-Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl. CM. m. 120 (60%) Einz. 153.25 G. 153.75 W. — Wechsel (3 Monate) auf: Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. W. 119.25 G. 119.50 W. — London, für 10 Pfd. Sterling 139.— G. 139.15 W. — K. Münzdukaten 6.57 G. 6.58 W. — Kronen 19.18 G. 19.21 W. — Napoleond'ors 11.12 G. 11.14 W. — Russ. Imperiale 11.30 G. 11.31 W.

**Krakau,** 11. Dec. Auf dem gestriger Markte wurden nachfolgende Durchschnittspreise in österr. W. bezahlt: Weizen den Metzen 5.88, Korn 4.37½, Gerste 3.65, Hafer 1.72, Kartoffeln 2.25, Heu den Zentner 1.18, Stroh 0.75.

**Krakauer Cours** am 11. Dezember. Silber-Rubel Agio fl. poln. 110 verl., fl. poln. 108 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 328 verlangt. 322 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 72 verl., 70½ bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 140 verlangt, 138½ bez. — Russische Imperials fl. 11.30 verl., 11.10 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 11.5 verlangt, 10.95 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6.47 verl., 6.37 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 6.57 verl., 6.47 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 100 verl., 99 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons fl. österr. Währung 88 verl., 87 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen österr. Währung 66.50 verlangt, 65.50 bez. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 77 verlangt, 75½ bezahlt. Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons mit der Einzahlung 60% fl. österr. Währ. 157 verl., 155 bez.

## Neueste Nachrichten.

**Kassel,** 10. Dezember. Die erste Kammer wurde heute vertagt.

**Paris,** 11. December. Der heutige „Moniteur" bringt ein Decret, durch welches die bis zu diesem Tage den Journalen ertheilten Verwarnungen außer Kraft gesetzt werden.

Der dieses Decret motivirende Bericht Persignys führt an: Viele Journale haben bereits zwei Verwarnungen erhalten. Die beantragte Maßregel gebe den Blättern ihre Unabhängigkeit zurück. Dieses Vergessen der Vergangenheit wird ein neues Unterpfand sein jener großmüthigen Politik, welche die Versöhnung und Vereinigung aller Intelligenzen des Landes anstrebt. Er (Persigny) habe die Presse eingeladen, von der ausgedehnten Feinheit der Discussion Gebrauch zu machen.

Gegen jene, welche den Staat angreifen wollten, würde sein Gewissen um so freier und stärker sein, als der Kaiser (durch die beantragte Maßregel) die Vergangenheit auslöschen und den Schriftstellern die Gelegenheit bieten werde, ihren Patriotismus zu zeigen.

Weiter enthält der „Moniteur" ein Dementi der in den Journalen aufgestellten Behauptung Mirès', der Inspektor der Finanzen Ploëne, welcher sich in Mission in Konstantinopel befindet, sei bestimmt, das Eingehen der Renten der neuen türkischen Anleihe zu überwachen.

**Bern,** 10. Dezbr. Der Nationalrath hat heute ohne Diskussion einen Betrag von 1.198.000 Fr. für die Bewaffnung der Infanterie der Eidgenössischen Armee und das Eidgenössische Waffendepot bewilligt.

**Turin,** 9. Dezember. Die heutige „Opinione" meldet: Das Amtsblatt für Umbrien enthält ein Dekret des Generalcommissärs Pepoli vom 29. v. M., laut welchem alle beweglichen und unbeweglichen Güter der Gesellschaft der Jesuiten in der Provinz Rieti zur Unterstützung der Elementarschulen verwendet werden.

Die „Perseveranza" meldet aus Turin vom 9. v. M.: Es scheint, daß das berühmte (famosa) Gesetz vom Jahre 1810, die Klöster betreffend, in Umbrien mit einigen Modificationen veröffentlicht werden wird. Ein großer Theil der piemontesischen Truppen vor Gaëta wird verwendet, um die unaufhörlichen Angriffe zahlreicher bewaffneter Banden abzuwehren, welche trotz der piemontesischen Wachsamkeit im vollen Einklange mit der Festung operiren. Vor Gaëta wurden 24 Stück Achtzigpfünder aufgestellt; ihre Tragweite ist so groß, daß sie außerhalb der Schußweite der Festung stehen können. Die Verproviantirung Gaëta's geschieht von Civitavecchia aus mittelst französischer Merkantilschiffe. Die a divinis wegen liberaler Demonstrationen suspendirten Priester Umbriens erhalten eine Staats-Pension.

**London,** 10. December. Die heutige „Times" theilt mit, daß Lord Napier, bisheriger außerordentlicher Gesandter in den Niederlanden, als Gesandter nach Petersburg gehen werde. — Ferner sagt die Times, daß Azeglio nach dem Falle Gaëtas seine Beglaubigungsschreiben als Gesandter des Königreichs Italien übergeben (?) werde.

**Constantinopel,** 10. Dezember. Die Pforte hat auf der Donau mehrere sardinischen Schiffe aus Genua mit falschen Papieren angehalten, welche Waffen und Munition führten und protestirt bei allen Mächten gegen diesen Betrug und diese Verletzung der Verträge. Die Valuten sind im Fallen.

Die neueste, mittels des Lloyddampfers „Pluto" am 10. Dec. zu Triest angelangte Ueberlandpost enthält unter dem Datum: Shanghay, 21. v. M., außer den bereits über London telegraphisch gemeldeten Nachrichten Folgendes: Parkes, Loch und Esayrac sind von den Chinesen freigelassen worden, Brabançons und des Correspondenten der „Times" Aufenthaltsort sind nicht bekannt, Anderson und Normann sind in Folge der erlittenen Mißhandlungen gestorben. Peking wurde am 13. Oct. ohne Schwertstreich besetzt, der Kaiser sei in die Tartarei entflohen, die tartarische Armee verschwunden. Die preußische Gesandtschaft ist in Yeddo eingetroffen. Der Abschluß des Vertrages begegnet Schwierigkeiten. — Aus Batavia, 29. Oct., werden bessere Nachrichten über die Zustände in Banjermassing gemeldet.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

N. 58224. **Kundmachung** (2358. 3)

Bei der am 2. November l. J. in Folge der allerhöchsten Patente vom 21. März 1818 und 23. December 1859 vorgenommenen 325sten, 326sten und 327sten Verlosung der älteren Staatsschuld sind die Serien 131,305 und 434 gezogen worden.

Die Serie Nr. 131 enthält 4% Banko-Obligationen von Nr. 32657 bis einschließig 37817 im Capitalsbetrage von 1.242,350 fl. und im Zinsenbetrage nach dem herabgesetzten Fuße von 24847 fl., ferner die nachträglich eingereichten 4% Domestikal-Obligationen der Stände von Kärnten von Nr. 913 bis einschließig 1162 im Capitalsbetrage von 278,417 fl. und im Zinsenbetrage nach dem herabgesetzten Fuße von 5,568 fl. 20³/₈ kr.

Die Serie Nr. 305 enthält 4% Obligationen des vom Hause Goll aufgenommenen Anlehens u. z. Litt. G. von Nr. 401 bis einschließig 600 und Litt. A. von 1483 bis 2881 im Capitalsbetrage von 1.243,200 fl. und im Zinsenbetrage nach dem herabgesetzten Fuße von 24,864 fl.

Die Serie Nr. 434 enthält böhmisch-ständische Aerarial-Obligationen von verschiedenen Zinsenfuße von Nr. 147,177 bis einschließig 148,762 im Capitalbetrage von 1 187,476 fl. 22¼ kr. und im Zinsenbetrage nach dem herabgesetzten Fuße von 24,954 fl. 52¼ kr. Die in diesen Serien enthaltenen Obligations-Nummern werden in eigenen Verzeichnissen bekannt gemacht werden.

Diese Obligationen werden nach den Bestimmungen des allerh. Patentes vom 21. März 1818 auf den ursprünglichen Zinsfuß erhöht, und in so ferne dieser 5% C.-M. erreicht, nach dem, mit der Kundmachung des Finanz-Ministeriums v. 26. October 1858 Z. 5286/F.-M. (R.-G.-B. Nr. 190) veröffentlichten Maßstabe in 5% auf österr. Währ. lautende Staatsschuldverschreibungen umgewechselt.

Für jene Obligationen, welche in Folge der Verlosung auf den ursprünglichen aber fünf Perzent nicht erreichenden Zinsfuß erhöht werden, werden auf Verlangen der Partei nach Maßgabe der in der erwähnten Kundmachung enthaltenen Bestimmungen 5%ige auf österr. Währ. lautende Obligationen erfolgt.

Lemberg, am 15. November 1860.

---

Z. 4081/Str. I. **Kundmachung** (2345. 11)

in Betreff der Einkommensteuer in der Stadt Krakau für das Verw.-Jahr 1861.

Zu Folge des a. h. Patentes vom 8. October 1860 ist die Einkommensteuer im Verw.-Jahre 1861 nach denselben Bestimmungen, wie es für das Verw.-Jahr 1860 auf Grund des a. h. Patentes vom 27. September 1859 vorgeschrieben, und mit hierämtlicher Kundmachung vom 10. November 1859 Z. 4815 Str. I. verlautbart war, mit Beibehaltung des außerordentlichen Zuschlages, in österr. Währung zu entrichten.

In Absicht auf Grundlagen zur Bemessung der Einkommensteuer für das Verw.-Jahr 1861 hat das hohe k. k. Finanz-Ministerium mit dem Decrete vom 11. October 1860 Z. 4250/F.-M. Folgendes angeordnet:

1. Den Bekenntnissen des Einkommens der ersten Classe, d. i. von den der Erwerbsteuer unterliegenden Gewerben und den Pachtungen, sind für das Verw.-Jahr 1861 die Erträgnisse und Ausgaben der Jahre 1858, 1859 und 1860 zur Ermittlung des reinen Durchschnittserträgnisses zu Grunde zu legen.
2. Die Anordnungen der §§. 21 und 22 des a. h. Patentes vom 29. October 1849 über die Einhebung der Einkommensteuer der zweiten Classe, d. i. von stehenden Bezügen sind auch die von solchen Bezügen für das Jahr, welches mit 1. November 1860 beginnt und am 31. October 1861 endet, fälligen Beträgen anzuwenden.
3. Die Zinsen und Renten der dritten Classe, welche der Verpflichtung des Bezugsberechtigten zur Einbekennung unterliegen, d. i. jene, welche weder von Staats-, öffentlichen Fonds- und ständischen Obligationen herrühren, noch von Capitalien, welche auf steuerzahlenden Realitäten oder auf steuerpflichtigen Unternehmungen hypothekarisch haften, sind für das Verw.-Jahr 1861 nach dem Stande des Vermögens vom 31. October 1860 einzubekennen.
4. Die Uebernahme, Prüfung und Richtigstellung der Bekenntnisse und Anzeigen für die Einkommensteuer dann die Festsetzung der Steuergebühr wird von der k. k. Kreisbehörde erfolgen, die Entscheidung über die Rekurse gegen die kreisbehördliche Steuerbemessung steht dagegen der hohen k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau zu.
5. Zur Ueberreichung der Bekenntnisse über das Einkommen und der Anzeigen über stehende Bezüge wird die Frist bis Ende December 1860 festgesetzt, endlich
6. hat in dem Falle, wo die Einkommensteuergebühr für das Verw.-Jahr 1861 vor dem Verfalle der ersten Einholungsrate nicht zur Vorschreibung gelangen könnte, die Einhebung und zwangsweise Beitreibung dieser Steuer bis zur Auftheilung der neuen Schuldigkeit, nach der Gebühr des Verw.-Jahres 1860 stattzufinden.

Die zur Ausfertigung der Bekenntnisse und Anzeigen erforderlichen vorgedruckten Blanquette werden bei den Grundämtern den steuerpflichtigen Parteien unentgeltlich verabfolgt werden. Von der k. k. Kreisbehörde.

Kraknu, am 10. November 1860.

N. 4081. **Obwieszczenie.**

dotyczące się podatku dochodowego w mieście Krakowie na rok administracyjny 1861.

Według Najwyższego Patentu z dnia 8. Października 1860 ma być podatek dochodowy wraz z dodatkiem wojennym w roku administracyjnym 1861 na tych samych zasadach w walucie austr. pobierany, jakie w skutek Najwyższego Patentu z dnia 27. Września 1859 r. w roku administracyjnym 1860 obowiązywały i Obwieszczeniem c. k. Władzy obwodowéj z dnia 10. Listopada 1859 N. 4815 do powszechnéj wiadomości podanemi były.

Co do podstaw wymiaru podatku dochodowego na rok administracyjny 1861 c. k. Ministeryum finansowe dekretem z dnia 11. Października 1860 N. 4250/M. S. wydanym rozporządziło, co następuje:

1. Fasyjom dochodu piérwszéj klasy t. j. z tych zarobkowości, które podatkowi zarobkowemu podlegają, jakotéż z dzierżaw mają służyć za podstawę na rok administracyjny 1861 dochody i wydatki z lat 1858, 1859 i 1860 w celu obliczenia czystego dochodu w przecięciu wypadającego.
2. Przepisy §§. 21 i 22 Najwyższego Patentu z dnia 29. Października 1849 r. co do podatku dochodowego drugiéj klasy, t. j. od stałych dochodów, mają być zastósowane do kwot na rok administracyjny 1861, któren się z dniem 1. Listopada 1860 r. zaczyna, a z dniem 31go Października 1861 kończy przypadających.
3. Prowizye i renty, które pobierający obowiązany jest jako dochód trzeciéj klasy oznajmić t. j. takowe, które nie pochodzą ani z procentów od obligacyi publicznych, instytutowych lub stanowych, ani téż z kapitałów na nieruchomych dobrach podatek opłacających, albo nareszcie na przedsiębiorstwach podatkowi podlegających hipotecznie zabezpieczonych, powinny być na rok administracyjny 1861 wykazane podług stanu majątku i dochodu w dniu 31. Października 1860 istniejącego.
4. Odbieranie, sprawdzanie i sprostowanie fasyi i oznajmień, jakotéż oznaczenie kwoty podatkowéj nastąpi ze strony c. k. Władzy obwodowéj, rozstrzyganie zaś rekursów przeciw wymiarowi podatku przez c. k. Władzę obwodową uskutecznionemu, przystoi Wysokiéj c. k. Dyrekcyi krajowéj dochodów skarbowych.
5. Termin do składania fasyi dochodów i oznajmień względem stałych poborów ustanawia się do dnia ostatniego Grudnia 1860 r. nareszcie
6. w razie, gdyby należytość podatku dochodowego na rok administracyjny 1861 przed upływem terminu płacenia pierwszéj raty nie była jeszcze przepisana, natenczas aż do przepisania nowéj należytości, pobór i przymusowe ściągnienie tegoż podatku nastąpi według należytości roku administracyjnego 1860.

Potrzebne blankiety do przedłożenia fasyi i oznajmień wydawane będą stronom podatkowi podlegającym bezpłatnie w urzędach gminnych.

C. k. Władza obwodowa.

Kraków, dnia 10. Listopada 1860.

---

N. 1644. **Ankündigung.** (2386. 1-3)

Zufolge der hohen k. k. Landes-General-Commando-Verordnung Abth. 5 Nr. 5163 ddto. 24. October, und Nr. 5641 ddto. 23. November 1860 wird am 21sten December 1860 um die 10. Vormittagsstunde in der Amtskanzlei der k. k. Militär-Verpflegs-Bezirks-Magazins-Verwaltung zu Podgórze die öffentliche Offerts-Verhandlung wegen Einlieferung von

3000 N.-öst. Metzen Weitzen à 80 N.-öst. Pfd.

dann

20400 „ Metzen Korn à 75 „ „

und

2000 „ Metzen Hafer à 45 „ „

zu Podgórze oder Krakau mit Vorbehalt der hohen Genehmigung abgehalten werden.

Die vornachgewiesenen Naturalien-Quantitäten müssen in 4 gleichen Monats-Raten vom Tage der erfolgenden hohen Genehmigung zur Abstellung gelangen.

In Betreff der Qualität der zu liefernden vorbezeichneten Naturalien, so wie auch deren Einlieferung werden die bestehenden Normen festgehalten, welche bei der genannten Verpflegs-Magazins-Verwaltung in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden können.

Die Offerte werden sowohl auf die ganzen Quantitäten, als auch auf kleineren Partieen, jedoch nicht unter 200 N.-öst. Metzen angenommen, die mit 10 Proc. Vadium versehen, bis Schlag 12 Uhr am Behandlungstage in der benannten Amts-Kanzlei einzulangen haben, wobei bemerkt wird, daß später einlangenden Offerte unter keinerlei Bedingung berücksichtigt, sondern als Nachbote behandelt werden.

K. k. Militär-Bezirks-Regie und Verrechnungs-Magazins-Verwaltung zu

Podgórze, am 5. December 1860.

---

N. 6045. **Edict.** (2383. 2-3)

Vom k. k. Kreisgerichte in Neu-Sandez wird bekannt gegeben, daß über das sämmtliche wo immer befindliche bewegliche und unbewegliche und über das in den Kronländern, für welche die Civil-Jurisdictionsnorm vom 20. November 1852 Wirksamkeit hat, befindliche unbewegliche Vermögen des Jacob Blumenstock, gewesenen Schnittwaarenhändlers in Neu-Sandez hiermit der Concurs eröffnet wird, und daß zum Concursmassavertreter der hierortige Landesadvokat Dr. Johann Micewski aufgefordert worden ist.

Es werden daher alle, welche an diesen Verschuldeten eine Forderung zu stellen sich berechtigt halten, hiermit erinnert, ihre auf was immer für Recht sich gründenden Ansprüche in Gestalt einer förmlichen gegen diesen Vertreter stylisirenden Klage bis zum 31. Jänner 1861 um so gewisser hiergerichts anzumelden, als widrigenfalls sie von dem vorhandenen oder etwa zuwachsenden Vermögen, so weit solches die in der Zeit sich anmeldenden Gläubiger in der Folge erschöpfen, ungehindert das auf ein in der Massa befindliches Gut habenden Eigenthums- oder Pfandrechtes, oder eines ihnen zustehenden Compensationsrechtes abgewiesen, und im letzteren Falle verhalten werden würden, ihre gegenseitige Schuld an die Massa abzutragen. Gleichzeitig wird die Tagfahrt auf den 21. Februar 1861 um 4 Uhr Nachmittags bei diesem Gerichte angeordnet, bei welcher die angemeldeten Gläubiger den Creditorenausschuß zu wählen, auch gleichzeitig entweder den bestellten einstweiligen Vermögensverwalter zu bestätigen oder einen anderen Verwalter zu bestellen haben, zu welcher auch der immittelst Vermögensverwalter und der Vertreter der Massa zum Erscheinen vorgeladen werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Neu-Sandez, am 21. Novbr. 1860.

---

L. 1909. c. **Edykt.** (2384. 3)

C. k. urząd powiatowy jako sąd w Rozwadowie niniejszém obwieszcza, że pod dniem 2 Listopapa r. b. do L. 1909 cyw. Ignacy Siwek naprzeciw leżącéj massie spadkowéj ś. p. Józefa Warzyckiego wyniósł w tutejszym sądzie pozew o zapłacenie 21 złr. 30 kr. m. k. czyli 22 złr. 57½ kr. w. a. i o pomoc sądową prosił, w skutek czego termin do rozprawy summarycznéj na dzień 28 Lutego 1861 o godzinie 8éj rano wyznaczony został. Ponieważ spadkobiercy ś. p. Józefa Warzyckiego z nazwiska i pobytu sądownie są wiadomi, więc do zastąpienia ich ustanawia się im na ich koszt i niebezpieczeństwo Dyzmę Warzyckiego, włościanina ze Zalesia nad Wisłą, za kuratora, z którym spór ten według postępowania sądowego dla Galicyi przepisanego pertraktowanym będzie.

Obwieszczeniem tém spadkobiercom niewiadomym ś. p. Józefa Warzyckiego poleca się przeto, ażeby w czasie przeznaczonym albo téż potrzebne środki obrony postanowionemu kuratorowi udzielili, lub nareszcie innego za zastępcę obrali i oznajmili, zgoła wszystkie do obrony służące środki prawnie użyli, albowiem wszelkie skutki przeciwne opieszałości swojéj przypisaćby musieli.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.
Rozwadów, dnia 14 Listopada 1860.

---

N. 7075. **Concurs** (2380. 2-3)

Die Stelle des k. k. Posterpedienten in Jazłowiec mit welcher eine Jahresbestallung von 100 fl. öst. W. eine Kanzleipauschale von 30 fl. ö. W. und für die drei Mal in der Woche zu befördernde Botenfahrpost zwischen Jazłowiec und Buczacz ein Botenpauschale im Betrage von 200 fl. ö. W. gegen Leistung einer Baar- oder Hypothekar-Kaution per 200 fl. ö. W. verbunden ist, wird mit Ende Mai 1861 erledigt und es wird zu deren Wiederbesetzung hiemit der Concurs ausgeschrieben.

Hierauf einschlägige dokumentirte Kompetenzgesuche sind unter Nachweisung der Vermögensverhältnisse und der Kautionsfähigkeit binnen vier Wochen bei der gefertigten Postdirection einzubringen.

Von der k. k. galiz. Post-Direction.

Lemberg, am 28. November 1860.

---

Nr. 9775. **Kundmachung.** (2378. 3)

Dem Herrn Emanuel Ziffer, Ingenieur der Karl-Ludwigs-Bahn in Krakau sub H.-Nr. 33 Gm. VIII. wohnhaft, sind vom 28./29. August mittelst Einbruch folgende Gegenstände entwendet worden:

1. Ein schwarzer Rock von Schafwollstoff mit schwarzem Sammetkragen, seidenen glatten Knöpfen und schwarzem Seidenfutter im Werthe von 25 fl. öst. Währ.
2. Eine goldene Ankeruhr mit doppeltem Deckel und goldenem Mantel sammt einer dreitheiligen schwarz lakirten stählernen Gliederkugelkette im Werthe von 120 fl. ö. W. Auf dem Uhrmantel ist das Wort „Patent', eingravirt, von Außen ist sie klein straffirt und hatte einen Sekundenzeiger mit einem Sekundenzifferblatte.
3. Eine Geldtasche von grünem Juchtenleder mit dem Inhalte von 6 fl. ö. W.

Es wird Jedermann aufgefordert, von der etwaigen Wahrnehmung des Thäters oder der benannten Gegenstände diesem k. k. Landesgerichte in Strafsachen oder seiner sonst zuständigen Behörde die Nachricht zu ertheilen.

Krakau, am 30. November 1860.

---

Z. 244. pr. **Concurs-Ausschreibung.** (2379. 2-3)

Zur Besetzung der bei diesem Magistrate in Erledigung gekommenen mit dem Gehalt jährlicher drei Hundert und fünfzehn Gulden österr. Währ. und dem Vorrückungsrechte in den höheren Gehalt von vier Hundert und zwanzig Gulden österr. Währung verbundene Kanzlistenstelle wird der Concurs bis 10. Jänner 1861 ausgeschrieben.

Bewerber um diese Dienstesstelle haben ihre gehörig documentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, der zurückgelegten Studien und der Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache binnen der Concursfrist bei dem Präsidium des Krakauer Stadt-Magistrates durch ihre vorgesetzte Behörde einzureichen und nachzuweisen, ob sie mit einem Beamten dieses Magistrates verwandt oder verschwägert sind.

Vom Magistratsvorstande in

Krakau, am 5. Dezember 1860.

---

## Wiener - Börse - Bericht

vom 10. Dezember.

**Oeffentliche Schuld.**

**A. Des Staates.**

| | Geld | Waare |
|---|---|---|
| In Oest. W. zu 5% für 100 fl. | 59 25 | 59.75 |
| Aus dem National-Anleben zu 5% für 100 fl. | 76 90 | 77.40 |
| Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl. | —.— | —.— |
| Metalliques zu 5% für 100 fl. | 65 50 | 65.80 |
| dtto. „ 4½% für 100 fl. | 55.50 | 55 75 |
| mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl. | 111 50 | 112 — |
| „ 1854 für 100 fl. | 89.75 | 90 — |
| „ 1860 für 100 fl. | 85.50 | 86.50 |
| Como-Rentenscheine zu 42 L. austr. | 17 25 | 17.50 |

**B. Der Kronländer.**

Grundentlastungs-Obligationen

| | Geld | Waare |
|---|---|---|
| von Nied. Oesterr. zu 5% für 100 fl. | 88 — | 89.— |
| von Mähren zu 5% für 100 fl. | 84.50 | 85 — |
| von Schlesien zu 5% für 100 fl. | 84 50 | 85.— |
| von Steiermark zu 5% für 100 fl. | 87.— | 88.— |
| von Tirol zu 5% für 100 fl. | 97.— | —.— |
| von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl. | 89.— | —.— |
| von Ungarn zu 5% für 100 fl. | 67 75 | 68.50 |
| von Tem. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl. | 66 — | 66.50 |
| von Galizien zu 5% für 100 fl. | 65.25 | 65 50 |
| von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl. | 63 75 | 64.25 |

**Actien.**

| | Geld | Waare |
|---|---|---|
| der Nationalbank pr. St. | 745 — | 747 — |
| der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W. | 172 50 | 172 60 |
| der Nied.-öst. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W. | 554 — | 556 — |
| der Kais.-Ferd.-Nordbahn 1000 fl. CM. | 1951 — | 1952 — |
| der Staats-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. CM. oder 500 Fr. | 281 50 | 282.— |
| der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM. | 184 — | 184.50 |
| der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM. | 111 50 | 112.— |
| der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz. | 147 — | 147.— |
| der südl. Staats-, lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 Fr. m. 120 fl. (60%) Einz. | 188.— | 198 — |
| der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM. mit 120 fl. (60%) Einzahlung | 154.50 | 155 50 |
| der österr. Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM. | 398 — | 399.— |
| des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM. | 140.— | 170.— |
| der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. C. M. | 390 — | 395.— |
| der Wiener Dampfmühl-Aktien-Gesellschaft zu 500 fl. österr. Währ. | 350 — | 355.— |

**Pfandbriefe**

| | Geld | Waare |
|---|---|---|
| der Nationalbank auf CM. 6jährig zu 5% für 100 fl. | 99.50 | 100 — |
| der Nationalbank auf CM. 10jährig zu 5% für 100 fl. | 97 25 | 97 75 |
| der Nationalbank auf CM. verlosbar zu 5% für 100 fl. | —.— | —.— |
| der Nationalbank auf österr. Wäh. 12monatlich zu 5% für 100 fl. | 99 50 | 100 — |
| der Nationalbank auf österr. Wäh. verlosbar zu 5% für 100 fl. | —.— | —.— |
| Galiz. Kredit-Anstalt C. M. zu 4% für 100 fl. | 84.50 | 85.50 |

**Lose**

| | Geld | Waare |
|---|---|---|
| der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung | 107.85 | 108.— |
| Donau-Dampff.-Gesellsch. zu 100 fl. CM. | 94.75 | 95.— |
| Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.-M. | 111.— | 112.— |
| Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W. | 35.75 | 36 25 |
| Esterházy zu 40 fl. CM. | 89 50 | 90 — |
| Salm zu 40 „ | 38 — | 38 25 |
| Palffy zu 40 „ | 36 50 | 37.— |
| Clary zu 40 „ | 34.— | 35.— |
| St. Genois zu 40 „ | 36.75 | 37.— |
| Windischgrätz zu 20 „ | 20.— | 20 50 |
| Waldstein zu 20 „ | 25.75 | 26 25 |
| Keglevich zu 10 „ | 14 50 | 14 75 |

**3 Monate.**

Bank-(Platz-)Sconto

| | Geld | Waare |
|---|---|---|
| Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3½% | 119,20 | 119 55 |
| Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 2% | 119.50 | 119.75 |
| Hamburg, für 100 M. B. 2% | 105,52 | 105.50 |
| London, für 10 Pfd. Sterl. 4% | 139 25 | 139.40 |
| Paris, für 100 Franken 3½% | 55.40 | 55 50 |

**Cours der Geldsorten.**

| | Geld | Baare |
|---|---|---|
| Kais. Münz-Dukaten | 6 fl. 43³/₁₀ Nkr. | 6 fl. 58— Nkr |
| „ vollwichtige Duk. | 6 fl. —40 „ | 6 fl. 58— „ |
| Kronen | 18 fl —30 „ | 19 fl. 18— „ |
| Napoleonsd'or | 10 fl. —68 „ | 11 fl. 31— „ |
| Ruß. Imperials | 10 fl. —95 „ | 11 fl. 30— „ |

---

**Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge**
vom 4. November 1860.

**Abgang von Krakau**

Nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachmittags.
Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.
Nach Myslowitz (Breslau) 7 Uhr Früh,
Bis Ostrau und über Oderberg nach Preußen 9 Uhr 45 Minuten Vormittags.
Nach Rzeszów 8,35 Früh, (Ankunft 11,51 Mittags); nach Przemyśl 10 Uhr 30 Min. Vormit., 8 Uhr 40 Min. Abends. (Ankunft 6 Uhr Nachm., 6 Uhr 48 M. Früh
Nach Wieliczka 7 Uhr 20 Min. Früh.

**Abgang von Wien**

Nach Krakau 7 Uhr Morgens. 8 Uhr 30 Minuten Abends.

**Abgang von Ostrau**

Nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

**Abgang von Myslowitz**

Nach Krakau 1 Uhr 15 M. Nachm.

**Abgang von Szczakowa**

Nach Granica 10 Uhr 15 M. Vorm. 7 Uhr 56 M. Abend, und 1 Uhr 48 Minuten Mittags.
Nach Trzebinia 7 Uhr 23 M. Mrg, 2 Uhr 32 M. Nachm.

**Abgang von Granica**

Nach Szczakowa 6 Uhr 30 M. Früh, 9 Uhr Vorm., 2 Uhr 6 Min Nachmitt.

**Ankunft in Krakau**

Von Wien 9 Uhr 45 Min. Vorm., 7 Uhr 45 Min. Abends
Von Myslowitz (Breslau) und Granica (Warschau) 9 Uhr 45 Min. Vorm. und 5 Uhr 27 Min. Abends.
Von Ostrau und über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abds.

---

**Meteorologische Beobachtungen.**

| Tag | Stunde | Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Reaum red | Temperatur nach Reaumur | Specifische Feuchtigkeit der Luft | Richtung und Stärke des Windes | Zustand der Atmosphäre | Erscheinungen in der Luft | Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage von | bis |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 11 | 2 | 324''' 10 | + 4,2 | 88 | West schwach | heiter m. Wolken | | +1'0 | +4'8 |
| | 10 | 24 45 | + 3'6 | 76 | „ | | | | |
| 12 | 6 | 24 40 | + 2'4 | 87 | „ | Trüb | Regen | | |

In der Buchdruckerei des „CZAS."

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.